

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

Kurz kommentiert: Tarifrunde 1990 - Transrapid - IWF-  
Polen - RGW - Japan

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: Tarifrunde 1990 - Transrapid - IWF-Polen - RGW - Japan, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136594>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

**Tarifrunde 1990**

**Gefahren für die Beschäftigung**

---

Mit den Verhandlungen im Metallbereich, der wieder einmal die Vorreiterrolle spielt, hat die diesjährige Tarifrunde begonnen. Nach viel Getöse im Vorfeld in den Medien – schon im Herbst war von Streik und von Aussperrung die Rede – hat die IG-Metall ein umfangreiches Forderungspaket vorgelegt. Seinen Kern bilden Lohnerhöhungen um 9%; hinzu kommen die Einführung der 35-Stunden-Woche und eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte. Einschließlich der Wochenarbeitszeitverkürzung ist die Forderung zweistellig, d.h. erstmals so hoch wie zuletzt Mitte der siebziger Jahre.

Angesichts der anhaltend guten Verfassung der Wirtschaft der Bundesrepublik – nach einem Wachstum von 4,1% im abgelaufenen Jahr ist 1990 nochmals mit einem Wachstum von 3 bis 3½% zu rechnen – und angesichts sehr moderater Tarifanhebungen in den letzten Jahren erscheinen zwar höhere Lohnforderungen auf den ersten Blick durchaus verständlich. Zu bedenken sind dabei jedoch die Wirkungen kräftiger Lohn erhöhungen auf Wachstum, Beschäftigung und Preise.

Hohe Lohnabschlüsse bergen das Risiko, daß erneut eine Lohn-Preis-Spirale entsteht. Angesichts der hohen Auslastung wird es den Unternehmen wahrscheinlich gelingen, Kostensteigerungen über die Preise weiterzuwälzen, so daß die Reallöhne möglicherweise kaum mehr als vorher steigen. Eine Verstärkung des Preisandrangs würde die Bundesbank bei der zu erwartenden Fortsetzung der stabilisierungsgerechten Geldpolitik sicherlich zu Bremsmaßnahmen veranlassen, die die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung beenden und sogar zu einem konjunkturellen Rückschlag führen könnten. Um die beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahre nicht zu gefährden, sollten Neuabschlüsse Anschluß an die bisherige Tarifentwicklung halten.

sp

---

**Transrapid**

**Doppelgleisige Verkehrspolitik**

---

Das Bundeskabinett hat sich grundsätzlich für den Bau einer Referenzstrecke der Magnetschwebbahn Trans-

rapid zwischen den beiden Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf mit späterer Verlängerungsmöglichkeit nach Essen entschieden. Die Finanzierung ist zwar noch nicht gesichert, das Kabinett geht jedoch davon aus, daß dieses bislang noch nicht serienreife Projekt dauerhaft subventioniert werden muß. Andererseits versicherte der Thyssen-Konzern, daß eine Strecke Hamburg-Ruhrgebiet-Frankfurt-München weder für den Bau noch für den Betrieb öffentliche Mittel erfordere. Die vom Kabinett bevorzugte Strecke wäre also nur aufgrund ihrer Kürze nicht rentabel zu bedienen, da die Vorteile gegenüber konkurrierenden Verkehrsmitteln erst auf längeren Strecken zum Tragen kämen.

Gleichzeitig wird jedoch mit öffentlichen Mitteln das Netz der Bundesbahn mit Hochgeschwindigkeitsstrecken ausgebaut. Dies geschieht in Abstimmung mit den europäischen Nachbarn. Durch den Streckenausbau können neben Personen bald auch Güter schneller befördert werden, deren Transport durch den Transrapid bisher noch gar nicht möglich ist.

Diese doppelgleisige Verkehrspolitik, also die kleine Lösung für den Transrapid bei gleichzeitigem Bundesbahnausbau, läßt den Verdacht entstehen, daß der bereits mit 1,5 Mrd. DM geförderte Transrapid gar nicht als ein ausbaubares, weiteres Verkehrsmittel vorgesehen ist, sondern nur Demonstrationszwecken für den Export dienen soll. Dies käme dann einer Exportsubventionierung enormen Ausmaßes gleich, die in der Bundesrepublik mit ihren hohen Exportüberschüssen sicher unangebracht ist.

cw

---

**IWF-Polen**

**Erste Zahlungsbilanzhilfe**

---

Der IWF hat es sich mit seiner ersten Zahlungsbilanzhilfe an Polen, die – gebunden an ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm – in Höhe von 715 Mill. Dollar Ende Dezember vergangenen Jahres vereinbart wurde und die eine Laufzeit von dreizehn Monaten haben wird, wahrlich nicht leicht gemacht. Mehr als drei Jahre hat Polen nach seinem Beitritt zum Fonds 1986 auf diesen ersten Kredit warten müssen, nachdem zuvor bereits das polnische Beitritts-gesuch fünf Jahre zur Entscheidung vorgelegen hatte. Die lange Wartezeit war für Polen nicht zuletzt deshalb besonders bitter, weil die fehlende Vereinbarung mit dem Fonds auch weitere

dringend benötigte Mittel der Weltbank und anderer westlicher Kreditgeber blockierte, die in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. Dollar zur Auszahlung bereitstehen.

Aber der Fonds ist im Umgang mit sozialistischen Planwirtschaften ein gebranntes Kind. Die Erfahrungen insbesondere mit Rumänien hatten gezeigt, daß die auf marktwirtschaftliche Verhältnisse ausgerichteten Anpassungsprogramme des Fonds in Ländern mit zentraler Wirtschaftsplanung wenig fruchten. Polen hatte also den Fonds erst von der Ernsthaftigkeit seiner Reformpolitik und der beabsichtigten Systemtransformation überzeugen müssen.

Das ambitionierte polnische Programm zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes, das nun die Zustimmung des Fonds erhalten hat, birgt allerdings durch zu erwartende Realeinkommensverluste und Arbeitslosigkeit Gefahren. Es ist nicht auszuschließen, daß die Härten der Anpassung erneut heftige Streiks auslösen werden, die die Regierung zu Kurskorrekturen zwingen und das Reformprogramm gefährden können. Der IWF wiederum kann bei Mißachtung der Kreditkonditionen die weitere Kreditauszahlung stoppen. pp

---

## RGW

### Geringe Belebungs Aussichten

---

Als Gegenmaßnahme zum Marshall-Plan gedacht und 1949 ins Leben gerufen, war der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) jahrelang Ausdruck der sowjetischen Hegemonialpolitik im Bereich der Ökonomie. Der starre RGW-Mechanismus, gekennzeichnet durch Bilateralismus, Inkonvertibilität, autonome Preisbildung und fehlende Mobilität der Produktionsfaktoren, erwies sich als ungeeignet, die binnenwirtschaftlichen Reformprozesse der osteuropäischen Länder und ihre Integration in die Weltwirtschaft zu fördern. Trotz zahlreicher Programme und Vervollkommnungsversuche blieb der entscheidende Sprung von einer Hilfeleistungsorganisation zur ökonomischen Integrationsgemeinschaft aus; die Dynamik des Intra-RGW-Handels sank allmählich, und die Interessengegensätze unter den Mitgliedsländern nahmen kräftig zu.

Auf der 45. RGW-Tagung in Sofia haben sich nun die Mitgliedstaaten auf die Einsetzung einer Reformkommission geeinigt, die in wenigen Wochen Vorschläge für eine tiefgreifende Reform des RGW-Programms und seiner Verwaltung vorlegen soll. Damit ist die Spaltung oder gar Auflösung der Organisation zunächst abge-

wendet worden. Die Aussichten für ihre Belebung sind jedoch weiterhin gering. Eher ist damit zu rechnen, daß eine alte Idee aufleben wird und Länder wie Polen, Ungarn und die ČSSR eine engere Interessengemeinschaft (kleine Integration) gründen werden. Diese Idee dürfte nicht am Widerstand der Sowjetunion scheitern, denn wirtschaftlich nicht leistungsfähige Partner bilden für die UdSSR eine Belastung; ökonomisch starke Partner könnten dagegen den sowjetischen Reformprozeß wirksam unterstützen. Darüber hinaus würde eine marktwirtschaftliche Interessengemeinschaft in Osteuropa die Voraussetzungen für eine gesamt europäische Verflechtung verbessern und zusammen mit der EG ein gutes Fundament für das europäische Haus bilden. ap

---

## Japan

### Unzureichende Importhilfen

---

Der japanische Außenhandelsüberschuß ist insgesamt zwar im letzten Jahr deutlich gesunken. Er blieb jedoch mit etwa 65 Mrd. \$ hoch, und gegenüber den USA war er mit wohl rund 50 Mrd. \$ so groß wie in den Jahren zuvor. Daher halten die handelspolitischen Spannungen insbesondere zwischen diesen beiden Ländern an. Höhepunkt dieser Entwicklung war bislang die Einleitung eines Verfahrens wegen unfairer Handelspraktiken gemäß Abschnitt 301 des US-Handelsgesetzes.

Vor diesem Hintergrund plant die japanische Regierung erneut Importförderungsmaßnahmen, zumal sich der Weg der Importanregung über konjunkturelle Impulse aus stabilitätspolitischen Erwägungen verbietet. Vorgesehen sind Importsubventionen in Form von Steuererleichterungen, zinsgünstige Darlehen zur Einfuhrfinanzierung, weitere Zollsenkungen für Industrieerzeugnisse und eine Intensivierung des Informationsaustausches zur Vermarktung ausländischer Produkte. Außerdem wirkt das Handelsministerium weiterhin direkt auf die Unternehmen ein, die Importe stärker auszuweiten.

Dieses Programm dürfte schon wegen des vorgesehenen finanziellen Rahmens keine durchschlagenden Wirkungen haben. Vor allem aber greift es bezüglich der Ursachen des Handelsungleichgewichtes zu kurz. Unter diesem Aspekt sind vielmehr tiefgreifende strukturelle Veränderungen notwendig, die die Marktchancen ausländischer Anbieter verbessern. Das Ziel der beabsichtigten Maßnahmen ist es somit wohl eher, die Wellen des Protektionismus in den USA zu glätten. cr